

Wirtschaft für den Unterricht**Arbeitsmarkt**

Viele ausländische Arbeitnehmer zieht es nach Irland S. 2

Rente

Größte Rentenerhöhung seit vielen Jahren S. 3

Europa

Brexit oder nicht Brexit? S. 4



Foto: lichtkunst.73/pixelio.de

Immobilien**Steigende Immobilienpreise – aber auch eine Blase?**

Investitionen in Häuser und Wohnungen sind angesichts der Mini-Zinsen beliebt wie selten. Experten sind daher überzeugt: Die Nachfrage nach Wohnraum wird auch im kommenden Jahr hoch bleiben – das treibt die Preise, vor allem in den In-Vierteln der Ballungsräume.

Der deutsche Immobilienmarkt befindet sich in einer dynamischen Aufwärtsbewegung. Das zeigen die kräftigen Preiszuwächse für Wohnungen und Häuser im vergangenen Jahr. Im Landesdurchschnitt haben sich Wohnungen 2015 um rund 5 Prozent verteuert, in Großstädten etwas mehr, in kleineren Städten und auf dem Land weniger. In den sieben größten deutschen Städten stiegen die Objektpreise nach Angaben der Ratingagentur Standard & Poor's seit 2010 im Schnitt um 46 Prozent.

Gründe für den Preisanstieg

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Erstens zieht es die Menschen in die größeren Städte, entsprechend groß ist dort der Wohnraumbedarf. Weil aber in der Vergangenheit relativ wenig gebaut wurde, stößt die wachsende Stadtbevölkerung oft auf angespannte Wohnungsmärkte. In einigen Metropolen betragen die Leerstandsquoten deutlich weniger als ein Prozent. Zweitens liegen dank der niedrigen Zinsen die laufenden Kreditraten einer Eigentumswohnung oft unterhalb der Mietbe-

lastung, sodass der Kauf trotz gestiegener Preise immer noch attraktiv ist. Drittens besteht, ebenfalls wegen der niedrigen Zinsen, ein gewaltiger Bedarf von Investoren aus dem In- und Ausland an halbwegs rentierlichen und sicheren Anlagen. Mit Immobilien lassen sich immer noch vergleichsweise attraktive Renditen erzielen.

Weiter steigende Preise erwartet

Droht in Deutschland womöglich die Gefahr einer Immobilienblase, die irgendwann platzen könnte? Die Bundesbank stuft das Risiko einer Preiskorrektur bei gleichzeitig starken Ausfällen von Krediten gegenwärtig zwar als gering ein. Bisher gebe es bei Wohnimmobilien keine Blasen – auch, weil Häuser und Wohnungen nicht auf Pump, sondern mit vergleichsweise viel Eigenkapital finanziert würden und Immobilienkredite weiterhin auf moderatem Niveau wüchsen. Doch je länger niedrige Zinsen andauern, umso mehr bestehen für die Marktteilnehmer Anreize, erhöhte Risiken einzugehen. Auch andere Experten rechnen angesichts der hohen Nachfrage vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten mit weiter anziehenden Hauspreisen, sollte das Angebot nicht ausgeweitet werden und die Niedrigzinsphase andauern. Gegen die Existenz einer Blase aber spreche, dass im Preisanstieg zu einem guten Teil auch Nachholeffekte stecken – sind doch die Immobilienpreise in Deutschland vor 2010 nur mäßig gestiegen.

Arbeitsmarkt

Viele ausländische Arbeitnehmer zieht es nach Irland

Auch die Arbeitsmärkte globalisieren sich. Doch nicht alle Länder der Europäischen Union sind davon in gleichem Maße betroffen.

Im Jahr 2014 lag die Quote Erwerbstätiger mit ausländischer Staatsangehörigkeit EU-weit bei 7,1 Prozent, wie aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. In Deutschland war der Anteil mit 9,4 Prozent gut zwei Prozentpunkte höher. Während Länder wie Polen und Ungarn einen geringen Anteil an Erwerbstätigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aufweisen, liegt die Quote in Irland mit 15,3 Prozent mit am höchsten. Grund hierfür: In Ländern wie Irland und Zypern sind aufgrund niedriger Steuersätze viele ausländische Unternehmen präsent, die häufig eine multinationale Belegschaft beschäftigen. In Luxemburg ist sogar fast die Hälfte der Erwerbstätigen ausländischer Herkunft. Grund sind hier allerdings die vielen Pendler, vor allem aus Frankreich.

Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt

Welche ausländischen Bürger dürfen überhaupt in Deutschland arbeiten? Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten sowie Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz können hierzulande ohne weitere Voraussetzungen eine Beschäftigung aufnehmen.

Akademikerinnen und Akademiker aus Drittstaaten haben verschiedene Zugangsmöglichkeiten zum deutschen Arbeitsmarkt. Sie können zum Beispiel die „Blaue Karte EU“ erhalten, wenn sie einen Arbeitsplatz vorweisen können und ein Mindestgehalt verdienen. Besonders attraktive Bedingungen zur Aufnahme einer Beschäftigung haben Personen, die ein Hochschulstudium in Deutschland abgeschlossen haben. Der Arbeitsmarktzugang ist für eine dem Studium angemessene Beschäftigung ohne Beschränkung möglich.

Erwerbstätige mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2014

Anteil der 20- bis 64-jährigen Erwerbstätigen

Irland	15,3 %
Spanien	10,6 %
Italien	10,4 %
Vereinigtes Königreich	10,0 %
Deutschland	9,4 %
Griechenland	7,7 %
Frankreich	5,3 %
Ungarn	0,6 %
Polen	0,2 %
EU gesamt	7,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

29,5 MRD. EURO

haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung 2015 laut Statistischem Bundesamt mehr eingenommen als ausgegeben; damit haben die öffentlichen Kassen ihren

bisher höchsten Finanzierungsüberschuss erzielt. Zum zweiten Mal hintereinander wurde ein positiver Saldo erzielt, 2014 hatte unter dem Strich ein Plus von 8,1 Milliarden Euro gestanden. Auch die Gemeinden, die 2014 noch ein Defizit von 600 Millionen Euro ausgewiesen hatten, erzielten diesmal ein Plus. Sie nahmen 3,2 Milliarden Euro mehr ein, als sie ausgaben.

Lektüre-Tipp:

Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Europa von A bis Z.

Nomos Verlag, 14. Auflage, Baden-Baden 2016, 520 Seiten, 22 Euro

Europa zum Nachschlagen: In über 70 Sachbeiträgen erklären renommierte Europaexperten wissenschaftlich fundiert und zugleich verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. Das Taschenbuch „Europa von A bis Z“ wendet sich damit an alle Europa-Interessierten, die sich gezielt und zuverlässig über den neuesten Stand in europapolitischen Fragen infor-

mieren wollen. Die überarbeitete und aktualisierte Neuauflage bietet: eine historische Einführung und eine Chronologie, einen umfangreichen Lexikonteil zur europäischen Einigung, Überblicksdarstellungen zu Arbeit und Funktionsweise der EU-Organe, ein Glossar mit Schlüsselbegriffen im Überblick, Vertragsgrundlagen und weiterführende Literaturhinweise. Insgesamt ein perfekter Wegweiser durch das aktuelle Europa.

Finanzmärkte im Blick

Ungewissheit bleibt bestehen

Nach einem miserablen Jahresauftakt konnten sich die Aktienmärkte ab Mitte Februar wieder leicht erholen. Der Dax bewegte sich auf die Marke von 10.000 Punkten zu, lag Ende März sogar kurzzeitig darüber. Hiobsbotschaften gab es allerdings auch in diesem Zeitraum. Die Terroranschläge in Brüssel führten noch einmal das geopolitische Krisenpotenzial vor Augen. Ein stabiles und sicheres Umfeld, in dem sich das Wachstumspotenzial ungestört entfalten kann, sieht anders aus. Engt man den Blick auf die rein wirtschaftlichen Faktoren ein, bleiben die Zweifel an der Konjunktur bestehen. Durchwachsen stellt sich etwa die Lage in Deutschland dar, der Sachverständigenrat korrigierte seine Wachstumsprognose leicht nach unten. Unsicher bleibt zudem, wie sich die Wirtschaft in Europa und global entwickeln wird.

Die nochmalige Lockerung der Geldpolitik durch die EZB Anfang März konnte die Fantasie der Anleger auch nicht nachhaltig beflügeln. Unter anderem beschloss die EZB, die Anleihekäufe aus-

zuweiten, was nach einer verbreiteten Denkart den Aktienkursen Auftrieb geben sollte. Dies ist aber zumindest in der Eurozone nicht der Fall: Als die EZB im März 2015 mit Anleihekäufen begann, stand der Dax bei gut 12.000 Punkten. Ein Jahr später liegt er mit unter 10.000 Punkten fast 20 Prozent niedriger. Der Zusammenhang zwischen Anleihekäufen plus Niedrigzinspolitik einerseits und dem Aktienmarkt andererseits ist bei weitem nicht so eng wie oft vermutet. Zum einen reagiert der Aktienmarkt keineswegs nur auf die Geldpolitik. Langfristig sind die wirtschaftlichen Aussichten der Unternehmen wichtig, und hier gibt die laufende Berichtssaison Anlass zur Beunruhigung. Außerdem wirken auf den Aktienmarkt politische und wirtschaftliche Ereignisse aus aller Welt ein wie der Ölpreisverfall oder Sorgen um das chinesische Wirtschaftswachstum. Zum anderen machen viele Anleger um Aktien generell einen großen Bogen, speziell in Deutschland. Auch die Niedrigzinsen für Anleihen ändern daran nichts.

»Die nochmalige Lockerung der Geldpolitik durch die EZB konnte die Fantasie der Anleger auch nicht beflügeln.«

Rente

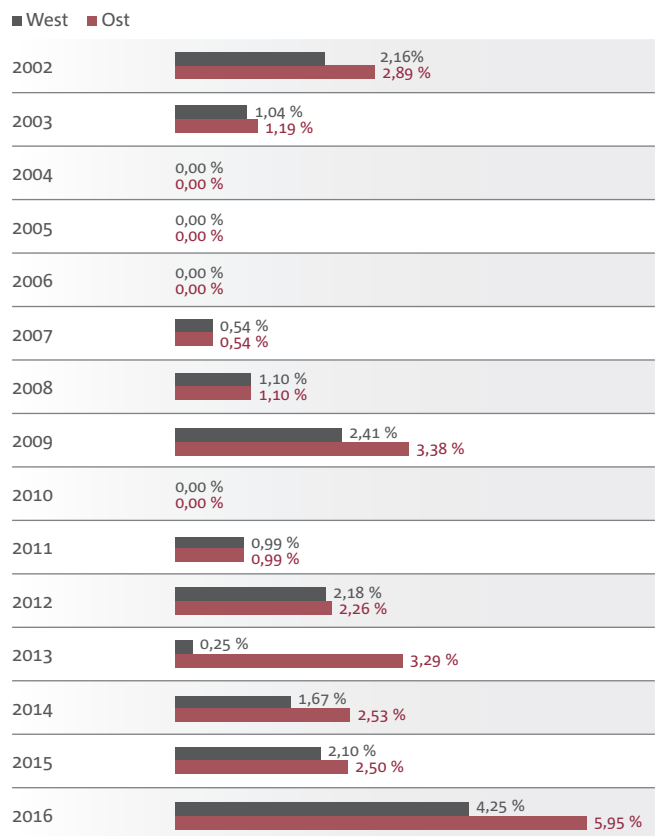
Üppige Rentenerhöhung

Rund 20 Millionen Rentner bekommen ab Juli mehr Geld. Es ist das stärkste Plus seit 23 Jahren.

Die Bezüge der rund 20 Millionen Rentner in Deutschland steigen zum 1. Juli so stark wie seit Jahren nicht mehr. Laut Angaben des Bundesarbeitsministeriums werden die Renten im Westen um 4,25 Prozent und im Osten um 5,95 Prozent erhöht, was gleichbedeutend mit dem stärksten Anstieg seit 1993 ist. Die Erhöhung hat laut Bundesarbeitsministerium keine Auswirkung auf den Beitragssatz zur Rentenversicherung, der in den kommenden Jahren stabil bei 18,7 Prozent bleibe. Bezahlt wird die Rentenerhöhung aus den Kassen der Rentenversicherung. Für die Erhöhung gibt es mehrere Gründe. Eine zentrale Rolle spielen die gute Beschäftigungslage und die gestiegenen Einkommen. Hinzu kommt ein Sondereffekt: 2015 fiel die Rentenerhöhung wegen einer Änderung der Berechnungsgrundlage um rund einen Prozentpunkt niedriger aus. Außerdem hat sich das Gewicht von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern zuletzt wieder leicht in Richtung der Beitragszahler verschoben. Diese Verbesserung des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors führt zu einem Rentenplus in Höhe von 0,18 Prozentpunkten. Doch ungeachtet dieser üppigen Erhöhung sind sich Experten einig: Mittel- bis langfristig wird das Rentensystem aufgrund der demografischen Entwicklung vor erheblichen Finanzierungsproblemen stehen.

Renten-Runden von 2002 bis 2016

Die Rentenerhöhung ab Juli 2016 ist der stärkste Anstieg seit 1993



Quelle: dpa.

Im Fokus

Europa

Brexit oder nicht Brexit?

Showdown auf der Insel: Am 23. Juni stimmen die Briten in einem Referendum darüber ab, ob das Vereinigte Königreich weiterhin der EU angehören soll oder nicht. Welche Konsequenzen hätte ein möglicher Brexit?

Unbehagen gegenüber der Europäischen Union und der Preisgabe nationaler Souveränität hat es in Großbritannien schon immer gegeben. Am 23. Juni stehen die Briten nun vor der Entscheidung, ob ihr Land weiterhin Mitglied in der EU bleiben oder ob es der Gemeinschaft den Rücken kehren soll. Das Referendum hatte Premierminister Cameron schon 2013 in Aussicht gestellt – nicht zuletzt mit der Absicht, eine Einigung über ein Thema herbeizuführen, das seine eigene Konservative Partei bis zum heutigen Tage spaltet. Cameron versprach damals der Öffentlichkeit, vor dem Referendum auf eine Reform der Europäischen Union hinzuwirken. Reform der Europäischen Union bedeutet in der britischen Lesart vor allem eines: eine schlankere und effizientere EU, die dem Wettbewerbsgedanken verpflichtet ist und ihren Mitgliedern die Hoheit über zentrale Politikbereiche belässt.

Ergebnis von Brüssel

Mitte Februar dieses Jahres kamen die EU-Mitgliedstaaten in Brüssel zusammen, um über die britischen Vorschläge zu beraten. Für Cameron ging es vor allem darum, den ungehinderten Zugang von EU-Bürgern zum britischen Arbeitsmarkt einzuschränken. Hintergrund: Im Vereinigten Königreich arbeiten überproportional viele EU-Bürger aus Ostmitteleuropa. Da die Arbeitnehmerfreizügigkeit aber ein Wesensmerkmal des gemeinsamen Binnenmarktes darstellt, konnte es nur auf einen Kompromiss hinauslaufen: London und die anderen EU-Mitglieder einigten sich darauf, dass zugewanderte Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten in Großbritannien künftig erst nach vier Jahren Anspruch auf volle Sozialleistungen haben sollen. Diese Notmaßnahme soll maximal sieben Jahre und nur für Neuankömmlinge gelten. Auch auf anderen Gebieten, etwa bei Fragen nach der Höhe des Kindergeldes für EU-Ausländer oder der Mitwirkungsmöglichkeit nationaler Parlamente bei EU-Entscheidungen, kam es zu Kompromisslösungen. Doch sind sich Beobachter einig, dass die Ergebnisse den Ausgang des Referendums wohl nicht beeinflussen werden.

Großbritannien und die EU

Doch woher rührt überhaupt der Wille vieler Briten, die Europäische Union zu verlassen? Das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zur EU, vorher zur EG (Europäische Gemeinschaft), war, vorsichtig ausgedrückt, schon immer komplex. Bis heute haben Großbritannien und die britische Politik ein sehr pragmatisches

Verständnis von der europäischen Integration; sie war, anders als etwa in Deutschland, nie eine Herzensangelegenheit, kein Projekt, das um seiner selbst willen vorangetrieben werden sollte, sondern eines, das vorrangig dazu diente, britische Interessen durchzusetzen. An wichtigen Integrationsschritten hat Großbritannien nicht teilgenommen: Weder ist man Mitglied der Wirtschafts- und Währungsunion, noch gehört die britische Insel dem Schengen-Raum an.

Und dennoch: Seit Großbritannien 1973 der damaligen EG beigetreten ist, haben sich seine Wirtschaft und Gesellschaft mehr und mehr mit denen der anderen EU-Mitgliedstaaten verwoben. Die EU ist heute wichtigster Handelspartner, sie steht für 44,6 Prozent der Exporte und 53,2 Prozent der Importe von Gütern und Dienstleistungen. Unternehmen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten haben zahlreiche Investitionen in Großbritannien getätigt. Zudem hat das Vereinigte Königreich seine EU-Mitgliedschaft genutzt, um seinen internationalen Einfluss auszubauen und nationale außen- und sicherheitspolitische Ziele voranzutreiben. Die vorherrschende Meinung unter Europa-Experten außerhalb Großbritanniens ist daher, dass die EU-Institutionen den Briten das Beste von beidem geboten haben: hier frei und unabhängig zu handeln, wenn man sich dazu entschloss – dort gemeinschaftlich und unter Bündelung von Ressourcen, wenn dies vorzuziehen war.

Handelspartner Großbritanniens		
... in Übersee	Export	Import
USA	13 %	8 %
China	5 %	8 %
Hongkong	2 %	2 %
VAE	2 %	1 %
Indien	1 %	2 %
Kanada	1 %	2 %
... in Europa	Export	Import
Deutschland	10 %	14 %
Niederlande	7 %	8 %
Schweiz	7 %	2 %
Frankreich	6 %	6 %
Irland	6 %	3 %
Belgien	4 %	5 %
Italien	3 %	4 %
Spanien	3 %	3 %
Norwegen	1 %	4 %

Quelle: UK Trade Info 2015.

Argumente der Gegner

Gleichwohl sind viele Briten der Überzeugung, Großbritannien würde von einem Austritt aus der EU auch wirtschaftlich profitieren. Gibt es hierfür fundierte Argumente? Die Vorwürfe gegen die Europäische Union sind nicht neu: In Brüssel herrsche Regulierungswut, heißt es; die Firmen erstickten in Bürokratie, die ihnen demokratisch nicht legitimierte Kommissions-Beamte aufhalsten. Ein Brexit, so die Erwartung, würde die britische Wirtschaft von der Last der Regulierungen und Restriktionen befreien. Hinzu kommt der britische Nettobeitrag zum EU-Budget, den man einsparen würde und der immerhin 0,5 bis 1,75 Prozent des BIP ausmacht.

Nicht zuletzt das aktuelle Erscheinungsbild der EU ist Wasser auf den Mühlen der EU-Gegner: die niedrigen Wachstumsraten, die instabile Währungsunion, die noch ungelöste Flüchtlingsproblematik. Kurz: Nach einem Austritt, so die Befürworter eines Brexits, wäre Großbritannien vom EU-Ballast befreit, Entscheidungsprozesse könnten sich allein an den nationalen Interessen des Königreiches orientieren.

Berechtigte Kritik?

Nicht nur Kritiker aus Großbritannien werfen der EU vor, dass ihr Regelungseifer manchmal zu weit gehe und sie gegen das Prinzip der Subsidiarität verstoße. Gleichwohl ist die Annahme der Brexit-Befürworter, Verordnungen der EU würden Großbritannien und die britische Wirtschaft lähmen, zweifelhaft, hat doch das Königreich eine der am wenigsten regulierten Volkswirtschaften der Welt, wie Untersuchungen der OECD zeigen. Ohnehin gibt es innerhalb der Europäischen Union große Unterschiede im Regulierungsgrad der Volkswirtschaften – aller Sorgen vor Gleichmacherei zum Trotz. Hinzu kommt: Viele der verschmähten Regeln nutzen den Unternehmen. So können Betriebe ihre Produkte problemlos in den 28 Mitgliedstaaten verkaufen, ohne in jedem Land aufwendig eine Zulassung beantragen zu müssen. Das funktioniert deswegen, weil EU-Gesetze einen gemeinsamen Markt geschaffen haben.

Durch einen Austritt würde London zwar Souveränität zurückerhalten, aber es wäre in weiten Teilen nur eine Schein-Souveränität, denn wegen der großen Abhängigkeit vom EU-Binnenmarkt müsste die Regierung zahlreiche Vorgaben aus Brüssel akzeptieren. Ein Brexit würde obendrein die Rolle des Königreiches auf der Weltbühne hinterfragen – gerade auch im Verhältnis zu den USA.

Folgen für Großbritannien

Viele Experten sind sich daher einig: Die negativen Folgen eines EU-Austritts würden für das Vereinigte Königreich überwiegen. Die Insel verlöre nicht nur den garantierten Zugang zu ihrem mit Abstand wichtigsten Exportmarkt. Auch die Einbindung in

Dutzende EU-Freihandelsabkommen fiele weg. Die Zukunft des Finanzplatzes London, des wichtigsten Wirtschaftszweigs, stände auf dem Spiel. Hunderte Abkommen zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Forschung, Bildung, Kultur, Verkehr, Umweltschutz, Diplomatie hätten plötzlich keine rechtliche Grundlage mehr. Für die ersten Jahre sagen Ökonomen einen Wirtschaftseinbruch voraus.

Am Ende dürften sich britische Regierung und Brüssel nach einem Brexit wohl darauf einigen, dass Firmen von der Insel weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt haben. Doch das Land würde den heimischen Unternehmen mit einem Austritt Jahre voller Unsicherheit bescheren, zugleich wäre keines seiner Probleme gelöst, und von denen gibt es einige: die wenig produktive Wirtschaft, das mediokre Bildungssystem, das unterfinanzierte Gesundheitswesen, die schwache Infrastruktur, die Wohnungsnot, Parallelgesellschaften von Einwanderern, wachsende Armutsprobleme. Nach einem Austritt müssten die Briten obendrein sämtliche Freihandelsabkommen der EU neu abschließen. Dabei könnte Großbritannien weit weniger Gewicht in die Waagschale werfen als die gesamte EU.

Folgen für Europa

Auch für die EU wäre ein Austritt Großbritanniens mit gravierenden Folgen verbunden: Auf einen Schlag würde sie ihre neben Frankreich stärkste Militärmacht, den führenden Finanzplatz, die zweitgrößte Volkswirtschaft, die drittgrößte Bevölkerung, eine Hochburg der europäischen Kultur, der universalen Menschenrechte, der Demokratie und der freien Marktwirtschaft verlieren. Kommentatoren in aller Welt würden sicherlich fragen, ob sich die EU auf dem Weg zur Auflösung befindet. Ein Austritt könnte obendrein populistische Parteien in anderen Staaten ermutigen, ebenfalls für ein Referendum zu trommeln.

Neues Verhältnis zur EU

Was passiert im Fall der Fälle? Vorbild für Großbritannien könnte Norwegen sein. Das Land ist nicht Mitglied der EU, aber im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Handel und Investitionen über Grenzen hinweg sind weitgehend unproblematisch. Im Gegenzug muss Norwegen aber die EU-Regeln zum Binnenmarkt umsetzen und darf seinen Arbeitsmarkt nicht gegen Bürger der Union abschotten. Das Land zahlt zudem in den EU-Haushalt ein. Folgen die Briten diesem Modell, wären sie nicht mehr Mitglied, jedoch weiterhin EU-Regeln unterworfen und könnten immer noch nicht frei bestimmen, wer auf die Insel darf und wer nicht. Generell würde nach einem Austritt gelten: Großbritannien könnte die EU-Gesetzgebung nicht mehr direkt durch den legislativen Prozess beeinflussen, sondern nur durch diplomatische Mittel gegenüber der Europäischen Kommission oder indirekt gegenüber einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Studium

Kritik am VWL-Studium

Eine Studenteninitiative kritisiert, dass das VWL-Studium an deutschen Universitäten zu methodenverliebt sei und zu wenig zum Nachdenken anrege.

An deutschen Universitäten werden VWL-Studenten zu wenig zum Nachdenken über das eigene Fach angeregt. Diese Kritik hat die Studenteninitiative Netzwerk Plurale Ökonomik nun mit einer Untersuchung über 57 Bachelor-Studiengänge in Volkswirtschaftslehre untermauert. Die Ergebnisse zeigen, dass nur ein verschwindend geringer Anteil der Lehrveranstaltungen „reflexive“ Fächer ausmacht. Dazu zählt die Studenteninitiative die Geschichte des ökonomischen Denkens, Wirtschaftsethik, Wissenschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte. Überdurchschnittlich viel gelehrt werden in deutschen VWL-Bachelor-Studiengängen hingegen BWL-Themen,

vor allem im Grundstudium, sowie Jura. International und auch in Deutschland wird im VWL-Studium laut der Untersuchung viel Wert auf die Vermittlung statistisch-ökonomischer und anderer mathematischer Methoden gelegt.

Zu enge Ausbildung

Das Netzwerk Plurale Ökonomik kritisiert seit seiner Gründung im Jahre 2011 eine zu enge und einseitige Ausbildung von Ökonomen. „Es ist höchste Zeit, dass wir im Wirtschaftstudium wieder über Wirtschaft und Wissenschaft nachdenken, statt eine Rechenaufgabe nach der anderen zu lösen“, sagt einer der Sprecher des Netzwerks. Das Netzwerk bemängelt zudem, dass die Studenten zu wenig Kontakt mit angrenzenden Sozialwissenschaften bekämen. Forschung sei nicht nur, große Datensätze mit vielen Zahlen durch den statistischen Reißwolf zu jagen, Forschung heiße auch: Menschen beobachten, interviewen, Diskurse analysieren, so das Netzwerk.

Geld

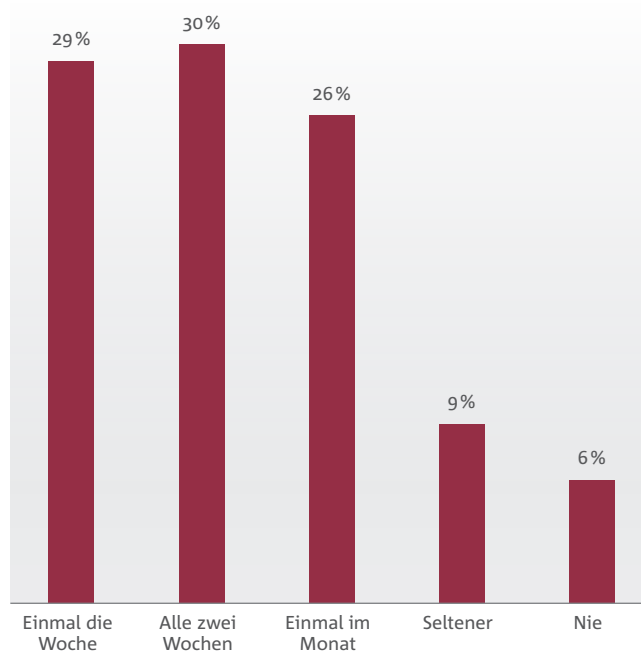
Deutsche zahlen gerne bar und gehen oft an den Geldautomaten

Fast jeder zweite Deutsche (47 Prozent) zahlt beim Einkaufen am liebsten bar. Das bestätigt eine aktuelle Umfrage der GfK-Marktforschung, die im Auftrag des Bankenverbandes durchgeführt wurde. Lediglich 22 Prozent zahlen hingegen lieber mit Giro- oder Kreditkarte. Weitere 16 Prozent haben keine besondere Präferenz, während 15 Prozent die Zahlungsweise von der Höhe des Betrages abhängig machen.

Wenig überraschend: Die meisten Deutschen besorgen sich ihr Bargeld am Automaten. Doch wie häufig geschieht das? Sechs von zehn Bundesbürgern suchen in der Regel einmal in der Woche (29 Prozent) oder alle zwei Wochen (30 Prozent) den Geldautomaten auf. Von jenen, die mindestens einmal im Monat Geld am Automaten ziehen, heben etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent) bis zu 200 Euro ab, 25 Prozent bis zu 500 Euro und 6 Prozent Beträge über 500 Euro. Nur 6 Prozent der Deutschen nutzen den Geldautomaten überhaupt nicht. Die Versorgung mit Bargeld ist auch direkt am Bankschalter und in einigen Einzelhandelsgeschäften (als sogenanntes Cashback an der Kasse) bzw. an Tankstellen mit der Karte möglich.

So oft nutzen Deutsche den Geldautomaten

Wie häufig heben Sie Bargeld am Automaten ab?



Quellen: Bankenverband/GfK.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Iris Bethge
 Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de
 Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln